# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 168. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 8. April 1865.


## Preußen.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

**36. Sitzung des Hauses der Abgeordneten** (7. April).

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministertisch der Minister des Innern Graf zu Eulenburg und 5 Reg.-Commissare, später der Hr. Ministerpräsident.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Meine Herren, mit tiefster Bewegung und in innigster Theilnahme eröffne ich heute die Sitzung. Wie mir so eben glaubhaft mitgetheilt worden ist, ist unser hochverehrter, charakterfester, verfassungstreuer und liebenswürdiger College, der Abgeordnete Handelspräsident v. Rönne in der verwichenen Nacht in Folge des schlechten Baues unseres Sitzungssaales verstorben. M. H.! Der Herr v. Rönne war schon in jener Zeit, wo es sich darum handelte, für die deutsche Freiheit kämpfend einzutreten, als 17jähriger Jüngling in den Reihen bei Waterloo. Sie wissen, wie er hier seit Jahren als Vertreter des Kreises Lennep-Solingen, in welchem er wiederholentlich fast einstimmig gewählt worden, für die innere deutsche Freiheit, für die innere Freiheit Preußens mit uns gekämpft. Es bewegt uns, sein Andenken in diesem Hause für immer in Ehren zu halten, es bewegt mich, Sie zu ersuchen, diesem Andenken durch ein äußeres Zeichen Ausdruck zu geben (das Haus und die Tribünen erheben sich). Nicht weiß ich bis diesen Augenblick, wenn das Begräbniß dieses hochverehrten Mannes stattfinden wird. Ich behalte mir vor, in der morgenden Sitzung Ihnen die Mittheilung zu machen. Ich glaube, das Haus wird es sich zur Ehrenpflicht anrechnen, ihm das letzte Geleit bis zur kühlen Gruft zu geben.

Das Haus tritt in die Tagesordnung an, zunächst in die Berathung über den ersten Bericht der Budgetcommission über eine Reihe von Etats. Referent ist der Abg. Aßmann.

Man beginnt mit dem Etat des Herrenhauses. Die Commission beantragt die Ausgaben auf 40,060 Thaler, darunter künftig wegfallend 200 Thaler.

Abg. v. Saucken-Tarputschen: Ich kann das von der Commission eingeschlagene Verfahren nach dem Ausfall der Berathungen über den Generalbericht nicht billigen. Ich halte die provisorische Feststellung des Etats für zwecklos. Wir geben dadurch dem Ministerium höchstens eine scheinbare bona fides und haben keine Aussicht, uns über einen Etat zu verständigen. Ich behalte mir daher eine weitere Motivirung meines ablehnenden Votums bei der Schlußberathung des Bndgets vor.

Präsident Grabow verliest ein soeben eingegangenes Schreiben des Abg. Borsche, welcher erklärt, daß er an der Berathung über den Etat der Oberrechnungskammer nicht theilnehmen und in der Sitzung daher bei dieser Berathung nicht anwesend sein werde.

Der Commissions-Antrag wird darauf angenommen.

Es folgt der Etat des Abgeordnetenhauses.

Abg. v. Mitschke-Collande beantragt, daß die wegen Nichtzustandekommens des Etats nicht zur Vertheiluug gekommenen Remunerationen für die Beamten des Hauses jetzt vertheilt werden möchten. Der Antrag wird abgelehnt.

Die übrigen Positionen werden anstandslos bewilligt.

Bei dem Etat für das Bureau des Staatsministeriums werden nach dem Antrag der Commission 1200 Thlr. für den Director und 600 Thlr. für den Kanzleisekretär des literarischen Bureau's gestrichen.

Die Commission beantragt, wie in den letzten Jahren, die Streichung des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke mit 31,000 Thlr.

Abg. v. Mitschke-Collande (gegen den Antrag): Die Regierung kann eine ihr ergebene, ihren Zwecken dienende Presse nicht entbehren. Sie haben ja doch in dem Vorbericht so viel von der Absicht gesprochen, sich mit der Regierung zu versöhnen. Hier ist eine Gelegenheit dazu, die Summe ist ja so gering.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich mache Sie darauf aufmerksam, m. H., daß Sie mit der Streichung dieser Petition die erste von den Schwierigkeiten wieder hineinwerfen, die dem Zustandekommen eines Budgets entgegenstehen. Diese Position ist eine von denjenigen, von der die Regierung die feste Ueberzeugung hat, daß sie ihrer nicht entbehren kann. Weiter sage ich nichts. Es wird das genügen, um die Prüfung an Sie zu legen, ob Sie bei einer verhältnißmäßig geringen Position den Streit beginnen wollen, den wir ja Alle so gern und schnell als möglich beseitigt wissen wollen.

Abg. v. Hennig. Ich glaube, wenn der Hr. Minister die Vortheile und Nachtheile, welche er mit der bezahlten Presse erreicht, gegen einander abwägt, so müßte er selbst auf diesen Fonds verzichten. Das Treiben dieser ministeriellen Presse ist im Lande gekennzeichnet. Die „Provinzial-Correspondenz", welche Alles bekämpft, was nicht mit dem jetzigen Ministerium geht, bleibt völlig wirkungslos. Wie wir aber dazu kommen sollen, Pamphlete gegen uns zu bezahlen, welche in Amtsblättern stehen, durch Gendarmen verbreitet und durch die Schulzen den Bauern zwangsweise vorgelesen werden, das kann ich nicht begreifen. Wie steht denn diese Regierung da? Sie stützt sich nicht auf die allgemeinen Interessen des Landes, sondern, wie dies der Hr. Minister selbst zugestanden hat, auf eine sehr kleine Partei. Sollen wir zur Förderung der Zwecke dieser kleinen Partei Staatsgelder bewilligen, welche nur für allgemeine Zwecke bestimmt sind? Ich glaube, das dürfen wir nicht. Will die Regierung daraus einen neuen Conflict herleiten, so mag sie die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, aber es ist nicht im Interesse des Landes, welches wir hier wahrzunehmen haben, derartige Parteizwecke zu unterstützen. (Beifall.)

Minister des Innern: Die geforderte Summe ist nicht, wie der Vorredner anzunehmen scheint, eine persönlich vom Ministerium als eine Art von Vertrauensvotum für sich verlangte. Den Preßfonds braucht jede Regierung, sie mag sein, welche sie wolle, und wenn wir heute unsere Demission erhalten, und es tritt eine andere ein, so wird ihr dieser Fonds nicht minder unentbehrlich sein. Und darum, sage ich, kann aus der Verweigerung dieser Fonds eine Schwierigkeit entstehen für das Zustandekommen des Budgets; und darum muß die Regierung diese zur Fortführung der Staatsmaschine durchaus nothwendige Summe von Ihnen erbitten und Sie dringend ersuchen, den ersten Stein des Anstoßes durch die Bewilligung dieses Fonds aus dem Wege zu räumen.

Abg. v. Vincke: Ich theile in der Auffassung der Verfassungsfrage den Standpunkt der Majorität, aber Sie glauben die Lösung des Conflictes auch mit der Ausdehnung desselben zu erreichen, ich dagegen möchte ihn möglichst localisiren. Die Fonds, um die es sich hier handelt, kann keine Regierung entbehren und ihre Bewilligung erweitert die Macht des jetzigen Ministeriums nicht. Mit der moralischen Macht, die hinter Ihnen steht, werden Sie den Conflict nicht lösen.

Abg. Jung: Der Herr Vorredner verkennt, wie mir scheint, das ungeheure Gewicht der Macht, die hinter uns steht. Sie hat schon in den Freiheitskriegen ihr Haupt erhoben und den zögernden König fortgerissen zur Rettung des Vaterlandes. Es ist das freilich keine Macht, die täglich mit klingendem Spiel aufzieht, die aber, wenn man sie unterdrückt, in drohender Weise auftritt und dann gefährlich ist; das beweist Ihnen das Jahr 1848. Jetzt will man wieder drücken und abziehen an den von dem Volke errungenen Rechten, weil man die Macht nicht kennt, die hinter uns steht. Einem wirklich constitutionellen Ministerium wird sich von selbst eine Presse zur Disposition stellen, es werden sich von selbst Literaten finden, die ihm nach ihren Grundsätzen und zu ihrem Vortheil dienen. Jetzt aber muß sich das Ministerium Federn zu seinem Lobe kaufen, und dazu sollen wir das Geld bewilligen. Gerade in der beantragten Streichung der Position liegt ein erneuerter Versuch zum Entgegenkommen von unserer Seite, wir zeigen den Weg, auf dem ein wirklich constitutionelles Ministerium gehen muß.

Abg. v. Blanckenburg: Wenn ich mich nicht täusche, so hat das Herrenhaus es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Streichung dieser Position einer der Gründe ist, aus denen es den ganzen Etat verworfen hat. Thun Sie diesen Schritt jetzt, so glaube ich, daß Sie ihn bewußt thun und thun wollen, und vielleicht aus den Motiven, die der Abg. v. Kirchmann neulich in der Commission dargelegt hat. Er hat seine Partei gewarnt, wegen des Conflicts nicht allzu traurig zu sein, denn das Volk lerne dadurch Opposition machen; ich werde meiner Partei rathen, auch nicht traurig zu sein, denn die Regierung lernt durch den Conflict wieder regieren und hat darin schon gründliche Fortschritte gemacht. Ich weiß auch, welche Macht hinter dem Ministerium steht, und habe niemals diejenigen gescheut, welche 1848 die Revolution auf die Straße getragen haben; ich habe immer die Revolution von oben für gefährlich erachtet und eine solche erkenne ich darin, wenn die Regierung Concessionen macht.

Abg. v. Hoverbeck: Auch wir wissen, welche Macht hinter dem Ministerium steht: eine kleine Partei im Lande und 210,000 Bayonnette. Uebrigens werden wir wohl noch Manches thun, was dem Herrenhause nicht gefällt. Das ist aber nicht unsere Sache, da wir blos nach unserer Ueberzeugung zu stimmen haben. Ist der Fonds so wichtig, so würde die constitutionelle Folge der Ablehnung desselben, der Rücktritt des Ministeriums sein, und den stelle ich ihm anheim (Heiterkeit).

Abg. v. Unruh: Diese geheimen Fonds haben stets den Charakter des Vertrauensvotums, wir können sie daher diesem Ministerium nicht bewilligen. Das Land und die Majorität des Hauses wünschen die Versöhnung, aber zu einem Compromiß gehören zwei, und wie die Regierung die Versöhnung versteht, das ist klar geworden durch die Erklärungen des Kriegsministers und des Ministers des Innern. Mit Worten hat man sich zur Versöhnung bereit erklärt, aber nicht mit einer einzigen Thatsache. Nicht einen Mann, nicht eine Woche Dienstzeit, nicht einen Thaler hat der Kriegsminister aufgegeben.

Abg. v. Gottberg: In England besitzt allerdings jeder Minister sein bestimmtes Organ, bei uns sind die Parteien noch nicht so ausgebildet und unsere Regierung wird stets Blätter haben müssen, welche sie vertreten. Gendarmen haben die Regierungsblätter noch nicht verbreitet, wie behauptet worden, und auch die Schulzen sind nicht angewiesen, die Amtsblätter vorzulesen. Die Amtsblätter werden jetzt, nachdem die Regierung begonnen hat, ihre Ansicht darin darzulegen, weit mehr gelesen, weil das Volk jetzt mehr das Bedürfniß fühlt, sich zu informiren, als früher. Ueber die Provinzialcorrespondenz weiß ich nichts weiter, als daß sie ihre Kosten durch die Abonnementsgelder deckt, nicht aber, daß sie aus Staatsgeldern unterstützt wird.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Tritt ein anderes Ministerium an die Stelle des jetzigen, so wird es in der Presse Unterstützung genug finden, wir können also die Position streichen und die Ausgleichung den Herren überlassen, welche sich für das Ministerium interessiren. Was das Herrenhaus anlangt, so bemerke ich, daß dasselbe die speciellen Positionen gar nichts angehen und daß seine Aeußerungen darüber nur als Privatmeinungen zu betrachten sind.

Abg. v. Hennig: Wenn der Abg. v. Gottberg bezweifelt, daß die Gendarmen dazu gebraucht werden, um die „Provinzial-Correspondenz zu colportiren, so will ich ihm gern zugeben, daß es vielleicht in seinem Kreise nicht geschieht; indessen weiß ich aus persönlicher Erfahrung, daß in vielen anderen Kreisen die „Provinzial-Correspondenz" den Bauern durch Gendarmen in's Haus gebracht wird. Außerdem steht es fest, daß die Amtsblätter den Bauern zwangsweise durch den Schulzen vorgelesen werden müssen, und zwar hat diese Lecture von 14 zu 14 Tagen stattzufinden. — M. H.! Wir können schon deshalb nicht die Bewilligung aussprechen, weil die Lage der Presse eine durchaus ungleichartige ist. Der sogenannten amtlichen Presse ist jede Zügellosigkeit gestattet. Haben Sie jemals gehört, daß irgend ein Staatsanwalt irgend einmal auch nur einen Versuch gemacht hat, eines der Blätter zu verfolgen, die sich in Schmähungen der Majorität dieses Hauses zu überbieten suchen? Zu gleicher Zeit werden aber alle liberalen Blätter auf die tendenziöseste Weise verfolgt, und durch die besondere Zusammensetzung der Gerichtshöfe, durch die Regulirungen der Abtheilungen, wie sie beispielsweise hier in Berlin vorgenommen worden sind, ist es auch gelungen, Urtheile zu erzielen, welche Jeden, der ein Rechtsgefühl und Verständniß hat, in das größte Erstaunen versetzen müssen. Schon dieser ungleichen Behandlung wegen müssen wir die Bewilligung der Position ablehnen. (Bravo!)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Wenn die Provinzialcorrespondenz den Bauern durch Gendarmen ins Haus gebracht wird, so mag dies wohl darin seinen Grund haben, daß sie mit den Kreisblättern, die allerdings durch Gendarmen verbreitet werden, zusammen zur Ausgabe kommen. Daß einige Schulzen angewiesen worden sind, die Artikel der Amtsblätter vorzulesen, habe ich nicht nöthig zu bestreiten. Ich glaube, es existirt eine Verordnung, wonach überhaupt Amtsblätter von Schulzen vorgelesen werden sollen. (Heiterkeit.) Ja, m. H., diese Verordnung existirt, uns es ist darin über den Inhalt nichts weiter gesagt. — In den Ausführungen des Herrn v. Unruh habe ich die Logik nicht verstehen können, mit der er zuerst zugab, daß diese Summe eine sehr unbedeutende sei im Vergleich zu den großen Conflictsfragen und dann doch folgerte, nicht „weil sie unbedeutend ist, können wir sie bewilligen", sondern „darum bewilligen wir sie nicht." Und das hat er gesagt, der Erfahrung gegenüber, daß das Herrenhaus im vorigen Jahre gerade in dieser Nichtbewilligung ein Argument fand für die Ablehnung des Etats, und daß die Regierung heute durch meinen Mund ausdrücklich erklärt, daß sie auf diese Summe den größten Werth legt und, daß sie in der Ablehnung derselben vielleicht eine neue Unmöglichkeit findet, zur Ausgleichung des Conflicts zu gelangen. Dem gegenüber scheint mir doch die Nichtbewilligung nichts Anderes auszudrücken zu sollen, als: Wenn überhaupt noch Hoffnung vorhanden sei sollte, den Conflict zu lösen, so zerstören wir sie lieber gleich von vornherein.

Abg. Dr. Frese: M. H.! Als der Herr Minister des Innern vor einigen Wochen dem Hause die große Friedersversicherung entgegentrug, deren Werth wir inzwischen schätzen lernten, da sagte er: „Meine Herren, wir wollen ja den Frieden, versuchen Sie Ihr Budgetrecht an Allem, was Sie wollen, an jeder anderen Frage, nur nicht an der Militärfrage. Wenn Sie das thun, wenn Sie die Militärfrage nicht anrühren, dann hoffen wir, daß wir Frieden im Lande bekommen." Nun, m. H., jetzt liegt die erste Position vor, bei der wir mit der Regierung verschiedener Ansicht sind, und sofort erhebt sich derselbe Herr Minister und sagt: Dies ist ein kleiner Nachtrag zu meiner Friedensrede von neulich; den Punkt hatte ich vergessen, den dürft Ihr auch nicht anrühren, sonst aber: Friede und Freundschaft. Ich glaube nun, daß wir im Verlauf der Budgetdebatte noch mehrere solcher Nachträge erleben werden, und das Regierungs-System wird sich vermnthlich dahin entfalten, daß uns gesagt wird: Rührt dies nicht an, rührt das nicht an und dies und das und jenes nicht, kurz rührt alle die Dinge nicht an, die Euch von Interesse und uns unangenehm sind: — dann haben wir Frieden! — M. H.! Es gehört wirklich ein überraschender Grad von Naivetät dazu, wenn dies Ministerium diese Gelder von diesem Hause fordert. Was soll denn mit diesen Geldern geschehen? Die Erfahrung der letzten Jahre sagt uns, daß sie dazu dienen sollen, dieses Haus, wenn es nicht beisammen ist und bisweilen auch ihm ins Gesicht hinein schlecht zu machen im Lande. Von diesen Geldern werden Diejenigen bezahlt, welche das Recht des Volkes, wie es die große Majorität des Hauses anerkennt, angreifen und herabziehen. — Mit diesen Geldern wird zum Theil die Agitation bezahlt, welche gegen Verfassung und Recht, gegen das Ansehen und das Recht der Landesvertretung im ganzen Lande unterhalten wird. Und nun kommt dieselbe Regierung und sagt: Bewilligt uns dies Geld, um Euch zu bekämpfen, wir wollen das Recht des Landes im Lande schlecht machen lassen, gebt uns das Geld dazu! Und Herr v. Vincke will eine solche Forderung unterstützen, er, der dem Ministerium einen großen Theil der Schuld an dem gegenwärtigen Verfassungs-Conflicte beimißt, der sich sonst durchaus nicht verschließt gegen die Tragweite dieser Schuld, der die Gefahren der Politik dieses Ministeriums wohl anerkennt? Herr v. Vincke sagt uns: Ich bekämpfe dieses Ministerium, ich bekämpfe es in einem gewissen Grade mit Euch gemeinsam, ich stehe mit für die Verfassung ein und für das Recht dieses Hauses, aber ich fordere Euch auf, und meinerseits werde ich es wirklich thun, für diesen Kampf gegen uns und gegen das Recht das nöthige Geld zu bewilligen. — M. H.! Wie man das vereinbaren kann, ist mir unerfindlich! — Nun noch ein letzter Punkt. In jedem Verfassungs-Conflict, in jeder Krisis des Landes giebt es gemeinsame Fragen für Regierung und Volksvertretung. Ich will nur das große Gebiet der handelspolitischen Fragen erwähnen, und daß wir dem Ministerium noch gestern alle die Verträge zugestanden haben, die es in letzter Zeit geschlossen hat. M. H.! Wer hat für die Zollvereins- und Handelspolitik dieses Hauses und der Regierung das Meiste im Lande und in der Welt gethan? Die bezahlte Regierungspresse gewiß nicht. (Sehr gut!) — Das hat die unabhängige Presse gethan! (Sehr gut!) Und so, m. H., hat sich denn von Neuem gezeigt, daß es für die Vertheidigung der wahren Interessen des Landes, wie sie Volk und Landesvertretung anerkennt, keines Geldes bedarf; das wird nur gebraucht für feile niederträchtige Federn (Bravo links), nur gebraucht für einen Lügenkampf (Lebhaftes Bravo links, Murren rechts.). Für jene allgemeinen Interessen des Landes finden sich unabhängige Männer, — sie sitzen hier im Hause, ich brauche sie nicht näher zu bezeichnen —, die in diesem Kampfe treulich mitgeholfen haben. Und, m. H., der Lohn, den diese Männer von der Regierung haben, das ist — und Sie wissen dies alle, — das ist gewiß nicht der, bevorzugt zu werden, wie es ihre Qualification etwa verlangen könnte. M. H.! Streichen Sie dies Sündengeld, und lassen Sie sich nicht darauf ein, irgend welchen Vorurtheilen zu Liebe auf das Budgetrecht in dieser Beziehung zu verzichten.

Abg. v. Saucken (Gerdauen): Der Herr Minister hat neulich darauf hingewiesen, daß er sich eine Majorität zu schaffen wissen werde. Ich habe nichts dagegen, wenn er diese Majorität aus rechtschaffenen und freien Männern sich schafft, aber ich will nicht, daß er es versucht indem er Beamte disciplinirt, und den Communen ihre Rechte nimmt, dann sage ich, das sind nicht lautere Mittel. Wenn er so eine Majorität fabrizirt, wird das Land demoralisirt. Für das, was der Abg. v. Blanckenburg Namens seiner Partei in Aussicht stellt, bin ich ihm außerordentlich dankbar. Er wird damit nicht sich, sondern uns die besten Dienste leisten.

Abg. Dr. Lasker will nur bemerken, daß der Abdruck von Regierungs-Artikeln im Amtsblatt und die durch die Schulzen zu bewirkenden Vorlesungen einer Verletzung der persönlichen Freiheit derjenigen, welche gezwungen werden, diese Lectüre zu erdulden, gleichzuachten ist.

Der Schluß der Debatte wird angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Hoverbeck bemerkt gegen Herrn v. Gottberg, daß jede Regierung, die sich auf das Volk stütze, nicht nöthig habe, ihre Vertheidiger in der Presse bezahlen zu müssen.

Abg. v. Kirchmann gegen Herrn v. Blanckenburg: Er habe die Fortdauer des Conflicts nur in dem Sinne eine Wohlthat für das Land genannt, weil das Volk dadurch lerne, Recht und Gesetz immer höher zu achten.

Abg. v. Unruh gegen den Minister des Innern: Die Logik, die der Minister vermisse, sei die, daß die Lösung des Conflicts nicht von dieser kleinen Position, sondern von größeren Fragen abhängig sei und daß das Haus deshalb ganz unabhängig über diese Position beschließen könne. (Gegen v. Blanckenburg): Wenn er die Revolution von oben nicht wünsche, weil sie mit Concessionen gleichbedeutend sei, so müsse es doch merkwürdig gefunden werden, daß die Rückkehr zur Verfassung als Concession gelten solle. Revolution von oben finde übrigens nur dann statt, wenn Gesetz und Verfassung nicht geachtet werden.

Abg. v. Vincke wendet sich in einer längeren Ausführung, die auf der Journalistentribüne unverständlich bleibt, gegen die Abg. Freese, v. Hoverbeck und Jung.

Präsident Grabow erinnert daran, daß die persönlichen Bemerkungen nur Berichtigungen enthalten dürfen, aber nicht zum Abschweifen auf andere Fragen benutzt werden sollen. Es sei wünschenswerth, daß der Vorsitzende der Geschäftsordnungs-Commission diesem Uebelstande seine Aufmerksamkeit zuwende. — Abg. Dr. Kosch erwartet darüber Vorschläge des Präsidenten.

Nach dem Schlußreferat des Abg Aßmann wird zur Abstimmung geschritten und der Commissions-Antrag auf Absetzung der 31,000 Thlr. angenommen (dagegen nur die Conservativen und Herr v. Vincke).

Der Etat für die Archive wird angenommen, nachdem der Abg. Kantak über die Vernachlässigung der archivarischen Einrichtungen im Großherzogthum Posen Beschwerde geführt hat.

Der Etat für die General-Ordens-Commission wird ohne Debatte, der Etat der Ober-Rechnungskammer nach einigen Worten des Regierungs-Commissar, Geh. Finanzrath Moelle, zur Rechtfertigung der Gehalts-Erhöhungen den Vorschlägen der Commission gemäß erledigt.

Der Etat der Ober-Examinations-Commission für die Prüfung zu höheren Verwaltungsämtern wird ohne Bemerkung genehmigt.

Zu dem Etat des Disciplinarhofes beantragt der Abg. Dr. Becker (Dortmund) die Streichung der Summe von 730 Thlr. für einen Hilfsarbeiter. Der Antragsteller motivirt seinen Antrag damit, daß man alle Mittel anwenden müsse, um Garantien für die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu erzielen und deshalb die Mitwirkung von Hilfsarbeitern ausschließen müsse.

Ref. Abg. Aßmann erklärt, daß es sich nur um einen Hilfsarbeiter für das Schreibwerk handelt. — Der Antrag Becker wird verworfen.

Präs. Grabow: Wir kommen zum Etat der auswärtigen Angelegenheiten. Der Herr Ministerpräsident hat mir nicht angezeigt, wer das auswärtige Ministerium bei dieser Berathung vertreten wird.

Reg.-Commissar v. Keudell: Ich werde die Ehre haben.

Präs. Grabow: Der Hr. Geh. Legationsrath v. Keudell theilt mir so eben mit, daß er die Vertretung der Regierung übernimmt, und ich setze voraus, daß er damit beauftragt ist, obgleich es sonst üblich ist, daß dem Präsidium darüber Mittheilung gemacht wird. Ich kann noch hinzufügen, daß der Hr. Geh. Legationsrath v. Keudell auch in der Commission die Regierung vertreten hat, damit aus dem Schoße des Hauses keine Reclamationen an mich gelangen.

Reg.-Commissar v. Keudell: Wenn die Anzeige unterblieben ist, so liegt das daran, daß die Mittheilnng der Tagesordnung dem Heren Minister-Präsidenten zu spät zugegangen ist. (Der Herr Ministerpräsident tritt ein und das Mißverständniß erledigt sich unter großer Heiterkeit des Hauses, an der auch der Herr Minister und sein Commissar theilnehmen.)

Das Haus tritt darauf in die Berathung über den Etat des auswärtigen Ministeriums.

Abg. Dr. Virchow: Wir stehen hier vor der Thatsache einer Verminderung der Einnahmen im auswärtigen Ministerium und zugleich einer Vermehrung der Ausgaben. Die letztere ist hauptsächlich in dem Posten für die Gesandtschaft in Konstantinopel. Ich sehe nicht ein, daß Preußens Stellung als Großmacht es erfordert, offenbar blos als Nachahmer der andern Großstaaten, die Kosten für diese Gesandtschaft immerfort wachsen zu lassen.

Ministerpräsident v. Bismarck: Wo überhaupt Preußen einen Gesandten unterhält, muß er in seiner Stellung als Vertreter des preuß. Staates einen gewissen Haushalt und eine Repräsentation darstellen, für welche nach den Lebensverhältnissen in Konstantinopel die von der Regierung beantragte Dotationserhöhung als nothwendig und unentbehrlich anerkannt worden ist.

Der Commissionsantrag auf Ablehnung von 24,000 Thlrn. Gehaltszulage für Legationssecretäre wird angenommen. — Die Commission beantragt die Absetzung von 4000 Thlrn. Gehaltszulage für den Gesandten in Konstantinopel.

Abg. v. Vincke befürwortet die Gehaltserhöhung, welche er als ein dringendes Bedürfniß bezeichnet.

Ministerpräs. v. Bismarck: Die Regierung entschließt sich gewiß nicht leicht, eine Gehalts-Erhöhung für einen Gesandten zu verlangen, schon aus Gerechtigkeit für die andern Gesandten, welche alle über zu geringes Gehalt klagen. Es geschah auch hier erst, nachdem sich die Regierung nach den sorgfältigsten Erkundigungen von der dringenden Nothwendigkeit einer Erhöhung überzeugt hatte.

Ref. Abg. Aßmann: Die Commission sei davon ausgegangen, daß erst vor einigen Jahren eine Erhöhung des Gehaltes zugestanden worden, und daß ein Bedürfniß zu neuer Erhöhung nicht vorliege.

Ministerpräs. v. Bismarck: Die Anforderungen, die an einen Gesandten gemacht werden, sind durchaus andere, als die an einen Beamten im innern Dienst. Der Gesandte vertritt seine Regierung vor Fremden. Er ist nothwendig gezwungen, in gewissen gesellschaftlichen Kreisen zu leben, die im Auslande meist aus sehr hoch bezahlten Beamten bestehen. Das ganze Niveau seines Haushaltes muß dem seiner Umgebung entsprechen, und man wird von ihm nicht verlangen können, daß er mit dem Gefühle der Beschämung unter seiner Umgebung weilt.

Abg. Virchow: Ich glaube, daß der Gesandte in Konstantinopel ein besonders günstiges Verhältniß zur Regierung hat. Er ist der einzige Vertreter einer Großmacht, welche kein eigennütziges Interesse verfolgt, welche keinen Antheil an der Beute der Türkei beansprucht. Daraus resultirt auch unsere günstige Stellung in Konstantinopel. Also deshalb braucht der Gesandte dort keine größere Ausgabe zu machen. Wir aber müssen dann doch bedenken, daß es sich hier um Gelder zu Luxuszwecken handelt, was gegenüber der Lage unseres Etats im Allgemeinen höchst bedenklich ist. Ich bin überzeugt, daß der Herr Minister-Präsident, hätte er den Verhandlungen

über den Generalbericht der Budget-Commission beigewohnt, mit uns der Ansicht wäre, daß im innern Dienst schreiende Bedürfnisse vorhanden sind, für welche wir keine Fonds disponibel machen können.

Minister-Präsident v. Bismarck: Die Vortheile, die uns gewissermaßen unsere Neutralität in der Türkei bringt, erkenne ich an. Aber um diese Vortheile geltend zu machen, ist doch ein gewisses Minimum erforderlich und es handelt sich eben nur darum, zu unterscheiden, ist dies Minimum mit der bisherigen Dotation gegeben oder nicht. England giebt für seine Gesandtschaft in Konstantinopel 66,000 Thlr., und, so reich es ist, wird man doch nicht sagen können, daß es sein Geld unpraktisch anlegt. Es muß also einen praktischen Werth und Zweck haben, wenn man seine Gesandten so dotirt, daß sie auch in ihrer äußeren Erscheinung ihrer Stellung gemäß auftreten können.

Abg. v. Benda: Ich betrachte diese Frage als eine Parteifrage und will daher mein Votum motiviren. Aus eigener Anschauung weiß ich, wie groß die Opfer sind, welche die Vertreter unseres Landes durch den Verzicht auf die Heimath, oft auf das Familienleben bringen müssen. Sollen sie auch noch Geldopfer aus ihrem Privatvermögen bringen? Das wäre unbillig, und darum müssen wir die Position bewilligen.

Nachdem auch der Abg. v. Vincke sich in diesem Sinne geäußert, wird die Absetzung der Position vom Hause beschlossen. Dagegen stimmen die Abg. Ziegler und Valentini.

Zu weiteren Erörterungen führt die Position von 6000 Thlr. zur Besoldung eines Militär-Bevollmächtigten in St. Petersburg, welche die Commision zu streichen beantragt.

Reg.-Commisar v. Keudell: Der Posten, um den es sich hier handelt, ist in der That von sehr großer Wichtigkeit. Ich erinnere daran, daß Rußland, Oesterreich und Frankreich an unserem Hofe Militär-Bevollmächtigte haben, daß die Beobachtung militärischer Einrichtungen und Vorgänge in Rußland nothwendig ist, zumal bei der großen Beschäftigung des Gesandten in St. Petersburg, die ihm nicht gestattet, seine Wirksamkeit über den Kreis seiner diplomatischen Thätigkeit auszudehnen. Auch ist das Gehalt nicht zu hoch normirt.

Abg. v. Vincke: Nicht durch die verwandtschaftlichen Beziehungen der Höfe von Rußland und Preußen, sondern durch die guten militärisch-politischen Beziehungen hat die Angelegenheit ihre Bedeutung erlangt. Ihre Pflege und Unterhaltung fällt dem Militär-Bevollmächtigten als Mittelsmann zu, darum ist er unentbehrlich und die Gehaltsforderung nur der Billigkeit entsprechend.

Abg. Dr. Möller: Ich constatire, daß der Herr Ministerial-Commissarius in der Commission gesagt hat, daß der Militärbevollmächtigte gewissermaßen der Adjutant des Kaisers von Rußland sei. Dazu brauchen wir die Mittel nicht zu bewilligen.

Reg.-Comm. v. Keudell: Wenn ich in der Commissions-Sitzung bei dieser Gelegenheit insbesondere die politischen Vortheile hervorgehoben habe, und heute die militärischen, so ist das kein Widerspruch. Der Grund ist einfach der, daß ich die letzteren damals glaubte als selbstverständlich voraussetzen zu dürfen, worin ich mich freilich, wie ich sehe, sehr getäuscht habe. Es ist dies, vergeben Sie mir den Ausdruck, gewissermaßen das ABC der Sache, die ich mir heute habe erlauben müssen, Ihnen vorzubuchstabiren (hört).

Ministerpräsident v. Bismarck: Die Stellung unseres Militärbevollmächtigten in Petersburg vereinigt eben beide Vortheile, die politischen wie die militärischen, und es ist diese Stellung um so wichtiger und nothwendiger, da sich die Verhältnisse Rußlands schwerer von außen her übersehen lassen, und sich weniger in der einheimischen Presse abspiegeln, als die anderer Länder. Einem der Herrn Vorredner erscheint die Intimität zu groß zwischen beiden Staaten. Ja, m. H., unsere Aufgabe in der Diplomatie ist es eben, mit großen und mächtigen Nachbarländern den Frieden und gute Beziehungen zu unterhalten, so lange es mit unserem eigenen Interesse und unserer Ehre verträglich ist, und wenn ich in dieser Beziehung in unserem Militärbevollmächtigten ein wirksames Werkzeug zu diesem Ziele erblicke, so kann ich mich dessen nicht berauben lassen. Wir arbeiten gegenwärtig gerade daran unsere Handelsbeziehungen mit Rußland weniger verwickelt zu machen, als sie es sind. Wir sind in Correspondenz darüber begriffen, die freilich zu meinem Bedauern nur langsame Fortschritte macht. Wollte ich in die Streichung dieser geringfügigen Summe willigen, so würde ich mit vollem Bewußtsein und offenen Augen unseren auswärtigen Beziehungen und den Interessen des Landes einen entschiedenen Nachtheil zufügen.

Abg. v. Hoverbeck: Wenn der Herr Ministerpräsident behauptet, daß er von der Verausgabung der Position nicht abgehen könne, und uns dafür keine neuen Gründe giebt, so können wir jedenfalls nur bei dem alten Beschlusse bleiben. Dem Hrn. Regierungs-Commissar muß ich mein Compliment machen, daß er so rasch gelernt hat, sich in der Weise seines Meisters zu bewegen. (Heiterkeit.) Was aber das ABC betrifft, dessen er hier erwähnte, so muß ich bemerken, daß er in der parlamentarischen Thätigkeit so jung ist, daß es allein ihm gegenüber angewandt werden kann, aber nicht gegenüber der Budgetcommission. Auch die Gegengründe des Hrn. v. Vincke treffen nicht zu. Ich ersuche Sie daher, für den Commissionsantrag zu stimmen.

Abg. v. Hennig: Es hat die Erfahrung gelehrt, daß, sowie irgend etwas Wichtiges vorfällt, was in Rußland zu verhandeln ist, namentlich in militärischer Beziehung — ich erinnere nur an den Abschluß der unglücklichen Convention — man jedesmal einen besonderen militärischen Bevollmächtigten nach Petersburg gesendet hat. Ich weiß nicht, was unser militärischer Bevollmächtigter in Petersburg zu thun hat, wenn man ihm nicht einmal solche Dinge anvertrauen kann.

Abg. v. Vincke (Olbendorf): Das Bestehende hat ein Recht zu bleiben, bis man sich vom Gegentheil überzeugt hat.

Die Discussion wird geschlossen, der Commissionsantrag auf Nichtgewährung der 6000 Thlr. angenommen.

Ohne weitere Discussion werden die übrigen den Etat des auswärtigen Ministeriums betreffenden Anträge der Commission genehmigt und damit ist der erste Bericht der Budget-Commission erledigt.

In der Tagesordnung folgt die Schlußberathung über den Gesetzentwurf über den Gewerbebetrieb im Umherziehen in den hohenzollernschen Landen. Referent ist Abg. Riefenstahl, der die Annahme des Gesetzentwurfes empfiehlt. Das Haus tritt dem Antrage ohne jede Discussion bei.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Petitionsbericht der Handels-Commission. Die erste Petition geht aus von dem berliner Arbeiterverein und betrifft den Erlaß eines allgemeinen Gewerbe-Gesetzes und die Anerkennung der vollständigen Freizügigkeit. Die Commission beantragt, wie bereits mitgetheilt ist, unter einer langen Reihe von Erwägungsgründen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Referent ist der Abg. Ziegert.

Abg. Wagener (Neustettin): In Erwägung, daß unsere Gegengründe schon häufig angeführt, in Erwägung, daß mindestens ebenso viele Arbeiter, wie der berliner Arbeiter-Verein zählt, gerade das Gegentheil wünschen, wie der letztere, in Erwägung endlich, daß wir die Frage bei einer anderen fruchtbareren Gelegenheit besprechen werden, verzichte ich jetzt auf eine längere Ausführung und erkläre mich gegen die Anträge der Commission.

Abg. Schulze (Berlin): Auch wir, auf dieser Seite des Hauses, haben denselben Wunsch, uns heute längeren Erörterungen zu entziehen, zumal da wir unseren Standpunkt dieser Frage gegenüber schon entwickelt haben.

Abg. Lette will nur constatiren, daß nicht so viel Gegner der Gewerbeordnung vorhanden seien, als der Abg. Wagener (Neustettin) anzunehmen scheine. Die Zahl der Zünftler habe sich eher vermindert, als zugenommen.

Nach einer kurzen Befürwortung der Commissionsanträge durch den Referenten, werden dieselben angenommen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Berathung über den Antrag des verstorbenen Abg. v. Rönne, betreffend das Prisen-Reglement.

---

**Berlin,** 7. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem General-Lieutenant z. D. Freiherrn v. Troschke, Mitglied der General-Ordens-Commission und bisherigen Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule 2c., das Kreuz der Comthure des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern zu verleihen; den Staatsanwalts-Gehilfen Ziegler zum Staatsanwalt bei dem hiesigen Stadtgericht zu ernennen; und dem Staatsanwalts-Gehilfen Zöllner hierselbst den Charakter als Staatsanwalt; sowie dem Regierungs-Secretär Dohn zu Oppeln den Charakter als Kanzleirath zu verleihen. (St.-Anz.)

[Zum Gerücht von der Garantie Venetiens] schreibt die „Zeidl. Corr.“: Die in einigen Zeitungen auftretende Notiz, daß das wiener Cabinet auf eine Garantie Venetiens von Seiten der preußischen Regierung angespielt habe, können wir, nach bestem Wissen, für unbegründet erklären. Wenn wir recht berichtet sind, so ist in den bisherigen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin des Wortes Venetien nie Erwähnung geschehen. Mag dies seinen Grund darin haben, daß man in Wien glaubt, die einheitliche Bewegung in Italien habe ihren Höhepunkt bereits überschritten und könne der Machtstellung Oesterreichs am adriatischen Meerbusen keinen Eintrag mehr thun, oder mag das wiener Cabinet sich scheuen, die italienische Frage in die schleswig-holsteinische hineinzumischen, so bleibt die Thatsache bestehen, daß Preußen in der Entwickelung seines Verhältnisses zu den Herzogthümern durch kein Interesse gebunden ist, welches über das Gebiet des deutschen Bundes hinausliegt.

[Aus der Provinz Schlesien] ist eine Deputation des „Vereins des Brennereibesitzer“, bestehend aus den Herren Graf v. Pinto-Mettkau, Graf v. Pückler-Wriesbel, Kammerherrn v. Schuckmann-Auras und Rittergutsbesitzer Friedländer-Fauljoppe, hier eingetroffen, und von dem Ministerpräsidenten, dem Handelsminister und dem Ackerbauminister empfangen worden. Die Deputation sprach der königl. Staatsregierung ihren Dank aus für die energische Vertretung des Interesses der Spiritusfabrikation bei Abschluß des französischen Handelsvertrages und für die so günstige Erfolge versprechenden Bemühungen in gleicher Richtung bei den Verhandlungen in Betreff des englischen Handelsvertrages. Die Deputation überreichte auch eine von dem Vorstande des Vereins und von 82 hervorragenden Brennereibesitzern Schlesiens unterzeichnete Petition, welche seitens der Herren Minister eine wohlwollende Aufnahme fand.

[Nachwahl.] Bei der gestern in Guben stattgehabten Ersatzwahl eines Abgeordneten in Stelle des verstorbenen Kreisgerichts-Director Calow wurde Kaufmann Jeschke (liberal) aus Pfördten mit 331 Stimmen zum Abgeordneten des Sorau-Gubener Wahlkreises gewählt. Der Gegencandidat, Herr v. Lessing, erhielt 166 Stimmen. Die Herren Tülff und Schulze hatten ihre Candidatur zurückgezogen.

**Ueckermünde,** 4. April. [Nichtbestätigung.] Unser Magistrat scheint nicht vollzählig werden zu sollen, da auch dem kürzlich zum unbesoldeten Rathsmann gewählten Apotheker Wegner die Bestätigung der königlichen Regierung zu Stettin versagt worden ist. Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie es mit dem Rathe noch werden wird, da außer dem Mandat des Beigeordneten auch noch dasjenige zweier Rathsmänner mit dem Schluß des Jahres erlischt. (Oder-Ztg.)

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Kopenhagen,** 7. April. Nach der heutigen „Berlingske Tidende“ ist Oberpräsident v. Braestrup zum Justiz- u. Cultusminister ernannt und hat als solcher schon der heutigen Sitzung des Geheimen Staatsraths beigewohnt.

Die Schifffahrt ist segit estern offen.

---

*** **Breslau,** 8. April. Wie das (kath.) „Schlesische Kirchenblatt“ mittheilt, wird die Consecration des nunmehr präconisirten Bischofs von Trier (Prälaten Leopold Pelldram) in Breslau stattfinden.

† **Glogau,** 7. April. [Eisenbahn-Conferenz.] Gestern Nachmittags 5 Uhr traten Deputirte der Vertreter der Communen Liegnitz, Lüben, Glogau, Raudten und Polkwitz zu einer Conferenz in Angelegenheiten der projectirten Glogau-Liegnitzer Eisenbahn zusammen. Die Magisträte der Städte Liegnitz, Lüben, Glogau constituirten sich zu einem Comite, dessen Aufgabe sein soll, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um den Bau einer Eisenbahn von Liegnitz nach Glogau durch die freiburger Eisenbahngesellschaft zu ermöglichen. Die Geschäfts- und Correspondenzführung wurde Herrn Bürgermeister Lincke in Lüben übertragen. Eine telegraphische Anfrage an die Direction der freiburger Eisenbahn-Gesellschaft, ob die erwartete Concession zum Bau der Bahn von Liegnitz nach Glogau eingetroffen, blieb ohne Antwort. Heute jedoch gelangte ein von vorgestern datirtes an die städtische Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten adressirtes Schreiben der genannten Eisenbahn-Direction zur Kenntniß der betreffenden Mitglieder, in welchem mitgetheilt wird, daß vom Ministerium noch keine Antwort über die nachgesuchte Concession eingegangen ist, daß, wenn dies geschehen, mit den drei Kreisen Glogau, Liegnitz, Lüben wegen des Baues der Bahn unterhandelt und eine Generalversammlung der Actionäre einberufen werden solle. Wie wir hören, beabsichtigen die Oberbürgermeister Böck (Liegnitz), v. Unwerth (Glogau) und Bürgermeister Lincke (Lüben), sich demnächst nach Berlin zu begeben, um die Beschleunigung der Concessionsertheilung an die Direction der freiburger Eisenbahn-Gesellschaft nachzusuchen.

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 7. April 10 U. Ab. | 335,44 | +6,8 | SO. 1. | Trübe. |
| 8. April 6 U. Mrg. | 335,35 | +4,4 | SO. 1. | Trübe. |

**Breslau,** 8. April. [Wasserstand.] O.-P. 20 F. 8 Z. U.-P. 10 F. 2 Z.

**Auswärtiger amtlicher Wasser-Rapport.**

Am Pegel zu **Ratibor** stand das Wasser der Oder den 7. April, Nachmittag 4 Uhr, 14 Fuß 10 Zoll, und ist seit Mittag 12 Uhr 3 Zoll gefallen.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris,** 7. April, Nachm. 3 Uhr Die Baisse der Consols von Mittags 1 Uhr (90⅝) entmuthigte die Spekulanten. In Credit-Mobilier namentlich hörten die Käufe auf. In Folge dessen war die Börse unbelebt, die Haltung flau. Die 3proz. begann zu 67, 85, hob sich auf 67, 90 und schloß matt zur Notiz. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 80. Italien. 5proz. Rente 65, 95. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 40⅝. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 441, 25. Credit-Mob.-Aktien 826, 25. Lomb. Eisenbahn-Aktien 555.

**London,** 7. April, Nachm. 4 Uhr. Consols 90⅝. 1proz. Spanier 4½. Sardinier 79. Mexikaner 26⅞. 5proz. Russen 89½. Neue Russen 90½. Silber 60⅝. Türk. Consols 54⅝. 6proz. Ver St.-Anl. pr. 1862 57½. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 8½ Sh. Wien 11 Fl. 30 Kr.

**Wien,** 7. April, Nachm. 2 Uhr. Die Börse war ziemlich fest. Schluß-Course: 5proz. Metall. 71, 15. 1854er Loose 87, 75. Bank-Aktien 793. Nordbahn 180, 40. Nat.-Anl. 76, 50. Creditaktien 183 20 Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 192 80. Galizier 213 75. London 110, 20. Hamburg 82 30 Paris 43, 75. Böhm. Westbahn 164, 25. Credit-Loose 126, 70. 1860er Loose 93, 60. Lombard. Eisenbahn 240. —. Neues Lotterie-Anl. —, —.

**Frankfurt a. M.,** 7. April, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war im Allgemeinen fest, jedoch nicht besonders belebt. Schluß-Course: Wiener Wechsel 107. Finnländische Anleihe —. Neue 4½proz. Finnländische Pfandbriefe 84⅛. 6proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 59¾. Oesterr Bank-Antheile 851. Oesterr. Credit-Aktien 195½. Darmst. Bank-Aktien 230. Oesterr. Französ. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 120. Böhmische Westbahn 74½. Rhein-Nahebahn 132½. Ludwigsh.-Bexbach 148½. Hess. Ludwigsb 135¼. Darmst. Zettel-Bank 254¾. 1854er Loose 79. 1860er Loose 85⅝. 1864er Loose 95¼ Oesterr. Nat-Anl. 68¾. 5proz. Metall. 63. 4½proz. Metall. 56⅝.

**Hamburg,** 7. April Nachm. 2½ Uhr. Börse ruhig, aber fest. Geld reichlich. Russ. Prämien-Anl. 83½. Wetter milde, aber trübe. Schluß-Course: National-Anl. 69½. Oesterr. Credit-Aktien 82⅝. Vereinsbank 106¼. Norddeutsche Bank 116⅝. Rheinische 113½. Nordbahn 77½. Finnl. Anl. 83⅝. 6proc. Verein. St.-Anl. pr. 1862 54⅛. Diskonto 2 %. Wien 84. —. Petersburg 27⅝.

**Hamburg,** 7. April. [Getreidemarkt] sehr ruhig und matt. Weizen loco billiger, April-Mai 5400 Pfd. netto 91½ Bancothaler bez., 92 Br., 91½ Gd. Roggen Termine flau. April-Mai 5100 Pfd. brutto 77—76½ bez., 77 Br., 76½ Gd. Oel Mai 25⅞, Okt 25⅝. Kaffee nur für dringendsten Bedarf gekauft. Zink fest.

**Liverpool,** 7. April, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 3000—4000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 42,580, zum Export verkauft 5040, wirklich export 5938, Consum 31,000, Vorrath 605,000 Ballen. Amerikanische 14½, fair Dhollrah 10¾, middling fair Dhollerah 9, middl. Dhollerah 8, Bengal 15¾, Pernam 13¾, Omra 9¾.

London, 7 April Getreidemarkt (Schlußbericht). In Weizen beschränktes Geschäft. Frühjahrsgetreide fest. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 7. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreidemarkt ziemlich unverändert. Roggen Termine etwas niedriger. Raps Frühjahr 69, Herbst 66½. Rüböl Frühjahr 37¾, Herbst 37¾.

**Berlin,** 7. April. Weizen loco 45 60 Thl. nach Qualität. — Roggen loco 35—36½ Thl. nach Qual. gefordert, Frühjahr 35—⅛—35 Thl. bez. und Br., 34⅞ Thl. Gld., Mai-Juni 35½—¼ Thl. bez. und Br., ⅛ Thl. Gld., Juni-Juli 36½—⅜ Thl. bez. und Gld., ¼ Thl. Br., Juli-Aug. 37½ Thl. bez., ¼ Thl. Gld., Sept.-Oktbr. 38¼—⅜—¼ Thl. bez. — Gerste, große und kleine 27—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thl., pomm. 24¼—½ Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. Frühjahr 22⅞ Thl. Br., Mai-Juni 21⅞ Thl. bez., Juni-Juli 23⅞ Thl. Br., Juli-Aug. 24⅝ Thl. Br., Aug.-Sept. 24⅚ Thl. Br., Sept.-Okt. 24½ Thl. Br. — Erbsen, Kochwaare 45—52 Thl., Mittelwaare 46½ Thl. pr. 2250 Pfd. bez., Futterwaare 42—45 Thl. — Rüböl loco 12 Thl. Br., April und April-Mai 11 11/12—⅞ Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 11 23/24—11/12 Thl. bez. und Gld., 23/24 Thl. Br., Juni-Juli 12⅛—1/12 Thl. bez., Sept.-Okt. 12 1/12—1/12 (?) Thl. bez. und Gld., 1/12 Thl. Br. — Leinöl loco 12⅔ Thl Br. — Spiritus loco ohne Faß 13 5/12 Thl. bez., April und April-Mai 13⅓—¼ Thl. bez. und Gld., 7/24 Thl. Br., Mai-Juni 13½—5/12 Thl. bez. und Gld., 11/24 Thl. Br., Juni-Juli 13 11/12—⅞ Thl. bez. und Gld., 11/12 Thl. Br., Juli-Aug. 14¼—5/24 Thl. bez. und Gld., ¼ Thl. Br., Aug.-Septbr. 14 7/12—½ Thl. bez. und Gld., 7/12 Thl. Br., Sept.-Okt. 14¾—⅔ Thl. bez. und Gld., ¾ Thl. Br.

Weizen ruhiger. Von Roggen effectiv sind Umsätze von Belang nicht bekannt geworden, da das Angebot so wie die Nachfrage gleich schwach ist. Termine verfolgten auch heute die gestern angenommene weichende Tendenz, wozu hauptsächlich das schöne warme Wetter so wie die flauen auswärtigen Berichte im Verein mit Realisationen beigetragen haben. Der Markt schließt auch zu letzten Notirungen mit Angebot. Hafer loco preishaltend. Termine fast ohne Geschäft.

Rüböl gab gleichfalls weiter im Preise eine Wenigkeit nach. Die Haltung war hierfür wie für alle übrigen Artikel flau, der Verkehr gering und Kündigungen dauern in kleinem Umfange fort. Gek. 600 Ctnr. Spiritus-Preise wurden durch die erneuerten Anmeldungen ferner gedrückt und fanden sich nur zu wesentlich fortgesetzten Forderungen Käufer im Markt, wobei es zu einem ziemlich regen Handel kam. Gek. 70,000 Quart.

## Berliner Börse vom 7. April 1865.

### Fonds- und Geld-Course.

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 102⅝ bz. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 106½ bz. |
| dito 1850, 52 | 4 | 99 bz. |
| dito 1853 | 4 | 99 bz. |
| dito 1854 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1855 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1856 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1857 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1858 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1864 | 4½ | 102½ bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 91½ bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 129¾ bz. |
| Berliner Stadt-Obl. | 4½ | 102½ bz. |
| Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk. | 3½ | 87⅛ bz. |
| Pfandbriefe: Pommersche | 3½ | 87¼ bz. |
| Pfandbriefe: Posensche | 4 | — — — |
| Pfandbriefe: dito | 3½ | — — — |
| Pfandbriefe: dito neue | 4 | 96 bz. |
| Pfandbriefe: Schlesische | 3½ | 91¾ G. |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 98⅞ bz. |
| Rentenbriefe: Pommersche | 4 | 98¾ bz. |
| Rentenbriefe: Posensche | 4 | 97¼ bz. |
| Rentenbriefe: Preussische | 4 | 98¾ bz. |
| Rentenbriefe: Westph. u. Rhein. | 4 | 99¼ bz. |
| Rentenbriefe: Sächsiche | 4 | 93½ bz. |
| Rentenbriefe: Schlesische | 4 | 99¼ bz. |

| | |
|---|---|
| Louisd'or 111½ G. | Oest Bkn. 92¼ G |
| Goldkronen 9. 9½ G. | Poln. Bkn. — — |

### Ausländische Fonds

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 63¼ G. |
| dito Nat-Anl. | 5 | 70⅝ bz. |
| dito Lott-A v. 60 | 5 | 85⅞ a86bz u.B |
| dito dito 64 | — | 54½ bz. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 81 G. |
| dito Eisenb-L. | — | 77¼ bz. |
| Russ Engl. Anl. 1862 | 5 | 89 bz. u. G. |
| dito Holl Anl 1864 | 5 | 91 G. |
| dito Poln. Sch-Obl. | 4 | 74 bz. |
| Poln-Pfandbr III Em. | 4 | 75½ bz. u. B. |
| Poln. Obl. à 500 Fl | 4 | 80 bz. |
| dito à 300 Fl. | 5 | 92½ G. |
| dito à 200 Fl | — | — — — |
| Kurhess 40 Thlr. | — | 56½ B. |
| Baden. 35 Fl. Loose. | — | 30½ B. |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 101½ B |
| dito II. | 4½ | 101 G. |
| dito IV. | 4½ | 100½ G |
| dito III.v.St.3½g. | 3½ | 84 bz. |
| Cöln-Minden | 4½ | 102¾ G. |
| dito II. | 5 | 104¾ bz |
| dito | 4 | 95 B. |
| dito III. | 4 | 93¾ bz |
| dito | 4½ | 101½ bz. |
| dito IV. | 4 | 92⅞ bz |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 91½ B. |
| dito III. Em. | 4½ | 97 bz |
| Galiz. Ludwigsb | 5 | 86¾ bz. u. G. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 96⅞ G. |
| dito conv. | 4 | 96⅞ G. |
| dito III. | 4 | 95 bz. |
| dito IV. | 4½ | 101¾ G. |
| Niederschl. Zweigb. Litt. C. | 5 | 102½ bz. |
| Oberschles. A. | 4 | 96 G. |
| dito B. | 3½ | 85¼ G. |
| dito C. | 4 | 96 B. |
| dito D. | 4 | 96 G. |
| dito E. | 3½ | 84¼ B. |
| dito F. | 4½ | 102 G. |
| Oest.-Franz. | 3 | 263½ bz u. B. |
| Oest. südl. St.-B. | 3 | 250½ bz. |
| Rhein. v. St. gar. | 4½ | 103 G. |
| Rhein-Nahe-B. gar | 4½ | 101 bz. |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Dividende pro | 1863 | 1864 | Zf. | Cours |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Düsseld. | 3½ | 4 7/30 | 3½ | 101¼ G. |
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 43 bz. |
| Amsterd.-Rottd. | 6¼ | 6 19/20 | 4 | 118 G. |
| Berg.-Märkische. | 6½ | 7½ | 4 | 139 bz. |
| Berlin-Anhalt. | 9¾ | 11⅚ | 4 | 193 etw. bz. |
| Berlin-Görlitz. | — | — | 4 | 85 bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 5 | 98½ bz. |
| Berlin-Hamburg | 7¼ | 10 | 4 | 145½ etw. bz. |
| Berl.-Potsd.-Mg. | 14 | 16 | 4 | 222¼ bz. |
| Berlin-Stettin | 8⅓ | — | 4 | 134¾ bz. (i. D) |
| Böhm.-Westb. | — | — | 5 | 75½ bz. |
| Breslau-Freib. | 7½ | 8⅔ | 4 | 144 bz. |
| Cöln-Minden | 12 11/12 | — | 3½ | 210½ bz. |
| Cosel-Oderberg. | 1½ | — | 4 | 63¼ bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4½ | 88½ G. |
| dito dito | — | — | 5 | 93 G. |
| Galiz. Ludwigsb. | 6 | — | 5 | 98½ bz. |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9⅕ | 4 | 148½ bz. |
| Magd.-Halberst. | 22⅔ | — | 4 | 236 i. P. bz. |
| Magdb.-Leipzig. | 17 | — | 4 | 259 G |
| Mainz-Ludwigsh | 7 | — | 4 | 131½ bz. |
| Mecklenburger. | 2⅓ | 3½ | 4 | 78½ B. |
| Neisse-Brieger. | 4⅓ | — | 4 | 91 B. |
| Niedrschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 97¼ bz |
| Niederschl. Zwgb | 2⅔ | — | 4 | 85¾ bz. |
| Nordb., Fr.-Wilh. | 3 7/12 | | 4 | 78⅞ à 79 bz. |
| Oberschles. A | 10½ | 10 | 3½ | 169 bz. |
| dito B. | 10½ | 10 | 3½ | 148 bz. |
| dito C. | 10½ | 10 | 3½ | 169 bz. |
| Oestr.-Fr. St.-B. | 5 | — | 5 | 117⅞ à ¾ bz. u. G. |
| Oest. südl. St.-B. | 8 | — | 5 | 142¼ bz. |
| Oppeln-Tarn | 2½ | — | 4 | 81¾ bz. |
| Rheinische | 6 | — | 4 | 115 bz. |
| dito Stamm-Pr. | 6 | — | 4 | 115 bz. |
| Rhein-Nahebahn | — | — | 4 | 31⅛ bz. |
| Rhr. Crf. K. Gldb. | 5 | 6⅔ | 3½ | 104 bz. |
| Stargard-Posen. | 4⅚ | — | 3½ | 99½ bz. |
| Thüringer | 7⅗ | — | 4 | 133¾ G |
| Warschau-Wien | — | — | 5 | 70¼ à 71 bz. |

### Bank- und Industrie-Papiere.

| | 1863 | 1864 | Zf. | Cours |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 6 | 7 1/10 | 4 | 131 G. |
| Braunschw. B. | — | — | 4 | 85½ B. |
| Bremer Bank. | 5⅘ | 7 3/10 | 4 | 114 B |
| Danziger Bank. | 6 | 7½ | 4 | 113½ G. |
| Darmst. Zettelb. | 6 | 8 | 4 | 102 etw. bz. u. G. |
| Geraer Bank. | 7 | 8 | 4 | 107 B. |
| Gothaer „ | 6½ | — | 4 | 101⅛ bz. |
| Hannoversche B. | 5⅕ | — | 4 | 100 B. |
| Hamb. Nordd. B. | 6⅜ | 7⅝ | 4 | 116¼ G. |
| „ Vereins-B. | 6 13/32 | 7 21/32 | 4 | 105¾ G. |
| Königsberger B. | 5⅘ | 6¾ | 4 | 110 G. |
| Luxemburger B. | 9 | 4 | 4 | 86½ B. |
| Magdeburger B. | 4½ | 5 9/10 | 4 | 102 G. |
| Posener Bank. | 5 8/15 | 7 | 4 | 101¾ bz. |
| Preuss. Bank.-A. | 7 37/40 | 10 19/20 | 4½ | 145 b. |
| Thüringer Bank. | 4 | 4 | 4 | 77 B |
| Weimar „ | 5½ | 7 | 4 | 100⅞ bz |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | — | 4 | 112 bz. |
| Coburg. Credb. A. | 7 | — | 4 | 101 B. |
| Darmstädter „ | 5½ | 6 | 4 | 9[illegible]½ etw. bz. |
| Dessauer „ | — | — | — | 3¼ p. St. bz. |
| Disc.-Com.-Ant. | 6½ | — | 4 | 103[illegible] bz. |
| Genfer Credb. A. | 1 | — | 4 | 43¾ à 44¼ bz. u. G. |
| Leipziger „ | 4 | — | 4 | 86¼ B. ex C. |
| Meininger „ | 7 | — | 4 | 101 bz. |
| Moldauer Lds.-B. | 2½ | — | 4 | 42 bz. |
| Oesterr. Credb. A. | 6 | — | 5 | 84 à ¼ bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 6 | — | 4 | 109¾ G. |
| Minerva | — | — | 5 | 36 etw à ½ bz. |
| Fbr. v. Eisenbbfd. | 8 | 8½ | 5 | 119½ G. |

**Stettin,** 7. April. Weizen etwas matter, loco pr. 85pfd. gelber 48—55 Thl. bez., 83—85pfd gelber pr. Frühjahr 55½—¼ Thl. bez. und Gld., ½ Thl. Br., Mai-Juni 55½ Thl. bez., Juni-Juli 56½ Thl. Br., Juli-Aug. 57½ Thl. bez. und Br., Sept.-Okt. 58¾—½ Thl bez., ¾ Thl. Gld. — Roggen etwas niedriger, pro 2000 Pfd. loco 35—35½ Thl, Frühjahr 35 Thl. bez., Mai-Juni 35⅛—35 Thl. bez., Juni-Juli 36¼ Thl. bez. und Br., 36 Thl. Gld., Juli-Aug. 37¼ Thl. Br., Sept.-Oktbr. 38½ Thl. Br. — Gerste fester, 71pfd. Oderbruch 70pfd. pro Frühjahr 30½ Thl. Gld., pomm. 70pfd. 30 Thl. Br. — Hafer 47—50pfd. Frühj. 24¼ Thl Thl. Gld. — Rüböl fester loco 12 Thl. Br., April-Mai 11⅚—11/12 Thl. bez., 11/12 Thl. Br., Sept.-Okt. 11 11/12—12 Thl. bez. — Spiritus etwas niedriger, loco ohne Faß 13⅙ 1/12 Thl. bez., Frühjahr 13⅓ Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 13 5/12 Tlr. Br. und Gld.

---

**Breslau,** 8. April. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 5 Grad Wärme. Bei lustloser Stimmung konnten sich am heutigen Markte die Preise kaum behaupten

Weizen wenig beachtet, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48 bis 50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen matter, pr. 84 Pfd. 40—42 Sgr., feinste Sorte 43 Sgr. bezahlt. — Gerste ruhig, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. Hafer ruhig, pr 50 Pfd. 24—27 Sgr. Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken schwacher Umsatz, 62—70 Sgr. — Oelsaaten sehr fest. — Lupinen wenig zugeführt. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 50—52 Sgr. pr. Ctr.

| | Sgr. pr. Schff. | | Sgr. pr. Schff. |
|---|---|---|---|
| Weißer Weizen, alter | 60 64—73 | Erbsen | 58 60—66 |
| „ „ neuer | 60—67 | Wicken | 62—64—70 |
| Gelber Weizen, alter | 58 64—68 | Lupinen | 45—60—72 |
| „ „ neuer | 57—60 | Bohnen | 70—78—88 |
| Erwachsener Weizen | 42—46—52 | | Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto. |
| Roggen | 40 41—43 | Schlag-Leinsaat | 160—180—195 |
| Gerste, neue | 31 3—38 | Winter-Raps | 190 218—234 |
| Hafer, neuer | 23—25—27 | Winter-Rübsen | 180 200 215 |

Kleesaat schwacher Umsatz, rothe preishaltend, ordinäre 14⅚—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. — weiße ruhig, ordinäre 13—14½ Thlr., mittle 15½—17½ Thlr., feine 8½—20½ Thlr., hochfeine 21½ Thlr. und darüber pr. Centner.

Thymothee gefragter, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

**Vor der Börse.**

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12 1/12 Thlr., Frühjahr 12 1/12 Thlr., Herbst 12⅙ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12¾ Thlr., Frühjahr 12 23/24 Thlr., Herbst 14¼ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
ruck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.